

Haushaltsrede der CDU Fraktion zum Haushalt 2013

Ratssitzung 24. Januar 2013

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Kersting,
sehr geehrter Herr Kämmerer Nemeita,
verehrte Ratsmitglieder,
meine Damen und Herren!

Deutschland macht Milliardenüberschuss – so eine Schlagzeile in der vergangenen Woche! Laut dem statistischen Bundesamt haben Bund, Länder, Kommunen und die Sozialversicherungen in 2012 in Summe erstmals nach 2007 wieder einen Überschuss erzielt. Die gute Konjunktur, hohe Beschäftigungszahlen und steigende Löhne führten zu Rekordsteuereinnahmen bei gleichzeitig geringen Ausgaben der Sozialkassen. Eine bemerkenswert gute Entwicklung trotz anhaltender Eurokrise. Auch wenn der Bundeshaushalt und die meisten Länder ihre Einnahmen und Ausgaben noch nicht ausgeglichen gestalten können, so gilt doch: „The trend is your friend“ – nehmen wir diese Börsenweisheit, die davon ausgeht, dass sich ein bestehender Trend fortsetzt, hoffnungsfroh auch für die Gesamtentwicklung in Richtung Einhaltung der gesetzlich verankerten Schuldenbremse für Bund und Länder gleichermaßen. In ganz Europa wird mittlerweile gespart. Nur NRW nimmt im Ländervergleich immer noch mit Abstand die höchsten Kredite auf. Hier sind für 2013 rund 3,5 Milliarden € neue Schulden vorgesehen, und das trotz steigender Steuereinnahmen.

„The trend is your friend“ – das lässt sich auch auf die Gemeinde Eslohe übertragen. Nach dem gesamtwirtschaftlichen Einbruch im Jahr 2009 und dem für ländliche Kommunen in seinen finanziellen Auswirkungen

ähnlich desaströsen GFG 2011 hat sich ab dem Haushaltsjahr 2012 die finanzielle Lage doch wesentlich verbessert. Dazu haben mehrere Umstände beigetragen:

1. Konsolidierungsmaßnahmen von Politik und Verwaltung seit 2010
2. Erhöhung der Realsteuerhebesätze in 2011
3. Einführung eines Flächenansatzes im GFG 2012
4. Steueraufkommen in der Gemeinde Eslohe

Nur alle diese Umstände in ihrer Gesamtheit haben dazu geführt, dass die Verwaltung erstmals seit der Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements einen strukturell ausgeglichenen Haushalt einbringen konnte und – Stand heute – ebenfalls zum ersten Mal mit rund 400.000€ Ertragsüberschuss einen positiven Jahresabschluss für das Jahr 2012 vorlegen wird. Die Ausgleichsrücklage wird dadurch wieder gefüllt und erfüllt damit ihre vorgesehene Pufferwirkung je nach Haushaltslage! Davon sind die meisten Kommunen in NRW meilenweit entfernt!

Erlauben Sie mir eine kurze Stellungnahme zu diesen einzelnen Punkten:

1. Konsolidierungsmaßnahmen seit 2010

Das Gesamtpaket der überwiegend gegen die Fraktionen von FDP und SPD beschlossenen Sparmaßnahmen entfaltet eine nachhaltige Wirkung auch in den Folgejahren. Ihre damaligen Bewertungen meine Herren Kollegen Beuchel und Frenzel haben sich als falsch erwiesen. Von „Kahlschlag“ und „einem schwarzen Tag“ haben Sie damals gesprochen. Weder die Attraktivität der Sportvereine und in der Folge die Mitgliederzahlen noch die Attraktivität der Gemeinde Eslohe für junge Familien haben in den letzten Jahren gelitten. Breite Solidarität und Verständnis waren vielmehr zu verzeichnen. Eine Kürzung von lieb gewonnenen freiwilligen Leistungen fällt immer schwer, aber die Politik

sollte verlässlich bleiben und nur das verantworten, was finanziell möglich ist. Wichtig an dieser Stelle: Das Maßnahmenpaket ging weit über eine isolierte Kürzung von freiwilligen Leistungen hinaus: Einsparungen im Bereich Straßenbeleuchtung, konsequente Umstellung des Postversandes der Ratsunterlagen auf eine digitale Bereitstellung, Erhöhung der Eintrittspreise im Esselbad, Einführung von Nutzungsgebühren für gemeindliche Gebäude für Erwachsene, Stärkung der interkommunalen Zusammenarbeit und die Initiative zur Organisationsuntersuchung am Bauhof seien hier als wesentliche Bestandteile des damaligen Sparpakets der CDU-Fraktion genannt.

2. Erhöhung der Realsteuersätze im Jahr 2011

Auch an dieser Stelle gilt es festzustellen, dass die Steuerpolitik der CDU-Fraktion wesentlich zur Verbesserung der finanziellen Gesamtsituation der Gemeinde Eslohe beigetragen hat. Durch die Erhöhung der Steuersätze über die fiktiven Hebesätze hinaus verbleibt der Gemeinde Eslohe seit 2011 ein Anteil von bisher jeweils über 200.000€ jährlich, der nicht durch die Anrechnung bei Kreisumlage und Schlüsselzuweisungen im Folgejahr wieder abgeschöpft wird (200.000€ in 2011, voraussichtlich 239.000€ in 2012 und nach dem eingebrachten Haushaltsplan 248.000€ in 2013).

Kollege Beuchel hatte im letzten Jahr eine sehr fragwürdige Berechnung erstellt, die eine allenfalls oberflächliche Beschäftigung mit den Zusammenhängen offenbart. Sie kritisierten die beschlossenen Hebesätze, 54.000€ hätten in 2011 dadurch dem Gemeindehaushalt gefehlt und das Ergebnis belaste damit alle Bürger in der Gemeinde, so Ihre Aussage im letzten Jahr. Das ist sachlich falsch in der Berechnung und damit auch falsch in der Schlussfolgerung. Wenn Sie die von Ihnen befürworteten Steuersätze mit den Beschlossenen vergleichen, erhalten Sie folgende Zahlen für das Jahr 2011: Etwa 54.000€ weniger an

Grundsteuereinnahmen (hier endet Ihre Rechnung vermutlich bereits) werden durch rund 59.000€ Mehrertrag bei der Gewerbesteuer überkompensiert. Richtig ist also, dass sogar im Jahr 2011 mit einem eher niedrigen Gewerbesteueraufkommen von etwa 2,9 Millionen € durch die Umsetzung der Vorschläge der CDU-Fraktion ein Mehrertrag verbucht werden konnte. Im Jahr 2012 wurden sogar rund 17.000€ Mehrertrag erzielt und der Haushaltsplan 2013 liefert bei einer entsprechenden Berechnung fast 20.000€ zusätzlich! Wir sind im Rahmen der Steuererhöhung für eine gleichmäßige Belastung der Bürgerinnen und Bürger und der Unternehmen eingetreten, indem sich die Erhöhung mit etwa 10% auf alle Hebesätze ausgewirkt hat. Man muss den Eindruck gewinnen, dass Ihnen, Herr Beuchel, die Systematik der Berechnung der Gewerbesteuer nicht bekannt ist. Je erfolgreicher ein Unternehmen ist, umso höher ist sein Beitrag für die Gemeinde und umgekehrt. Bis zu der Freigrenze von 24.500€ Gewinnsumme zahlt ein Einzelunternehmer überhaupt keine Gewerbesteuer. Die Grundsteuer für den Bürger ist allerdings jedes Jahr gleich. Sie können natürlich argumentieren, dass Sie mit einer höheren Gewichtung der Grundsteuer verlässlichere Einnahmen haben, aber ich frage Sie: Wollen Sie dies auf dem Rücken der Bürgerinnen und Bürger erreichen, die ohnehin durch steigende Energiekosten und steigende Gebühren mehr und mehr zur Kasse gebeten werden? Ihre Argumentationskette, dass schwankende und damit unsichere Gewerbesteuereinnahmen zu einer im Verhältnis zur Gewerbesteuer höhere Gewichtung der Grundsteuer führen sollen und damit zu einer stärkeren Besteuerung der Bürgerinnen und Bürger, liefert eine unausgewogene Belastung der Steuerzahler insgesamt. Zusammengefasst ergeben sich durch die von der CDU-Fraktion vorgeschlagenen Steuerhebesätze seit Ihrer Einführung Jahr für Jahr Mehrerträge für den Gemeindehaushalt, ohne dabei eine Gruppe der

Steuerzahler übermäßig zu belasten! Ich bin gespannt, Herr Beuchel, wie Ihre Steuerberechnungen in diesem Jahr ausfallen werden.

3. Einführung eines Flächenansatzes im GFG 2012

Die Einführung des Flächenansatzes im GFG 2012 wurde von der Verwaltung schon mehrfach als „existenziell“ für die Gemeinde Eslohe bezeichnet. Hier kam es endlich – nach jahrelangen Forderungen und der unabhängigen Einschätzung des ifo-Institutes, dass ein tatsächlicher Zusammenhang zwischen Fläche und Bedarf besteht – zu dieser Einführung. Sie, Herr Frenzel, klopfen Ihren Genossen in Düsseldorf dafür auf die Schulter, ohne kritisch den späten Zeitpunkt zu hinterfragen. Im Jahr 2011 hat die Rot-Grüne Landesregierung mit der Erhöhung des Soziallastenansatzes einen einzelnen Punkt aus dem ifo-Gutachten umgesetzt. Dass die Soziallasten eine höhere Berücksichtigung finden müssen, wurde auch von unserer Seite nie bestritten. Unverständlich bleibt allerdings die zeitliche Abfolge der Änderungen im GFG. Man stelle sich vor, in 2011 wäre der Flächenansatz eingeführt worden und die Erhöhung des Soziallastenansatzes erst in 2012. Undenkbar und den wählerstarken Städten an Rhein und Ruhr niemals zu vermitteln. Aber mit uns, den ländlichen Kommunen kann man es ja machen! Und was machen Sie, Herr Frenzel? Sie zitieren doch tatsächlich eine Stellungnahme des Städtetages, um die Entscheidungen Ihrer Genossen in Düsseldorf zu rechtfertigen, die der Gemeinde Eslohe im Jahr 2011 durch den fehlenden Flächenansatz fast 1 Millionen € gekostet hat!

Das unabhängige ifo-Gutachten empfiehlt die stärkere Gewichtung der Soziallasten und die Einführung des Flächenansatzes! Das macht es ja so politisch, dass einzelne Punkte des Gutachtens eher umgesetzt worden sind als andere. Und natürlich gilt diese Kritik des fehlenden Flächenansatzes auch schon der schwarz-gelben Vorgänger-Regierung!

Wie Sie ja richtig anmerken, wird der kommunale Finanzausgleich von der CDU-Fraktion in Eslohe immer schon kritisch bewertet. Es geht doch um unsere Gemeinde, Herr Frenzel! Haben Sie doch den Mut, Ihren Genossen auch mal die Stirn zu bieten und versuchen Sie nicht ständig, Entscheidungen zu Lasten des kreisangehörigen Raums zu rechtfertigen. Wenn Sie im Dezember gut zugehört haben, ist es auch nicht nur die CDU-Fraktion, die dem GFG kritisch gegenüber steht, sondern auch die Verwaltung! Nochmals: Der Flächenansatz ist wichtig und richtig, aber viel zu spät eingeführt worden. Viele weitere Berechnungsgrundlagen sind weiterhin ungerecht und damit klar politisch zu Gunsten des kreisfreien Raums motiviert. Die Gewichtung des Ganztagschülers im Vergleich zum Halbtagschüler, die Nichtberücksichtigung des offenen Ganztags und die für kleine wie große Kommunen einheitlichen Steuerhebesätze benachteiligen uns vor Ort Jahr für Jahr aufs Neue! Aber das ist ja noch nicht alles!

Die Landesregierung hat es bisher unterlassen, Vorgaben und Standards für die Umsetzung der schulischen Inklusion zu formulieren. Den Haupt-Hinderungsgrund stellt die ungeklärte Finanzierung dar. Wenn das Land seinen Kommunen eine Aufgabe überträgt, muss es für finanziellen Ausgleich sorgen. Die Kommunen erwarten unter Beachtung dieses Konnexitätsprinzips Ausgleichsmittel in ausreichender Höhe. Aber diese Ansprüche werden in NRW bisher konsequent verweigert. Die Kosten für Schülertransport, für die Anschaffung von inklusionsgeeigneten Lehr- und Lernmitteln und für den Umbau behinderten gerechter Schulgebäude sollen auf die Kommunen abgewälzt werden, ohne für den nötigen finanziellen Ausgleich zu sorgen! Das ist völlig inakzeptabel!

4. Steueraufkommen in der Gemeinde Eslohe

Das Gewerbesteueraufkommen in der Gemeinde Eslohe hat sich in den letzten Jahren nach und nach wieder auf 3,5 Millionen € gesteigert. Eine beachtliche Entwicklung nach dem katastrophalen Einbruch im Jahr 2009. Aber auch der Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer hat mittlerweile einem Aufkommen über 3 Millionen € stetig an Bedeutung gewonnen! Der Zuwachs an Einzelhandel und Gewerbe in 2013 wird das Steueraufkommen weiter steigen lassen und auch ein Stück weit stabilisieren. Die Anfälligkeit der Gemeinde Eslohe ist nun mal darin begründet, dass der Großteil der Gewerbesteuer nur von wenigen Unternehmen getragen wird.

Das neue Einkaufszentrum wird aber nicht nur die Gewerbesteuer positiv beeinflussen. Dem Handwerk vor Ort werden Aufträge beschert, und viele neue Arbeitsplätze im Einzelhandel werden entstehen. Im neuen Gewerbegebiet in Bremke wird vermutlich schon in diesem Jahr mindestens ein Drittel der Fläche vergeben werden können, auch hier mit positiven Effekten auf Steuereinnahmen und Arbeitsplätze!

Diese prognostizierten Entwicklungen in Einzelhandel und Gewerbe lassen mich gleichzeitig zurückblicken auf das vergangene Jahr, aus dem ich zwei wichtige Entscheidungen des Rates herausgreifen möchte. Mit dem Offenlegungsbeschluss zum Bebauungsplan Tölckestraße hat der Rat im vergangenen Oktober eine wegweisende Entscheidung getroffen. Durch die Schließung der Lidl- und Schlecker-Filialen, den angekündigten Rückzug der Firma Ernsting's family und die möglichen Standortaufgaben der Firmen Aldi und Kaufpark ergab sich eine erhebliche Gefahr, wesentliche Bestandteile der Nahversorgung nach und nach zu verlieren. Schon heute geht der Gemeinde Eslohe ein großer Teil an Kaufkraft an die Nachbarkommunen verloren! Nach

anfänglicher Skepsis wurde die Notwendigkeit der Umsetzung des Einkaufszentrums an der Tölckestraße selbst von weiten Teilen der Einzelhändler befürwortet! Die Politik war hier in der Verantwortung, die Versorgung der Gemeinde Eslohe nicht zu gefährden bzw. vielmehr langfristig eine qualitativ und quantitativ ausreichende Einzelhandelslandschaft für die Bevölkerung zu gewährleisten! Dieser Verantwortung haben Sie sich Herr Frenzel und Ihre Mitstreiter in der SPD-Fraktion und auch Teile der FDP-Fraktion nicht gestellt! Sie sind mit Ihrer ablehnenden Entscheidung ein unkalkulierbares Risiko eingegangen, das den gesamten Einkaufsstandort Eslohe hätte in Frage stellen können. Der Verweis auf die bestehenden Flächen zur Ansiedelung von Einzelhandel am jetzigen Kaufpark-Gelände kann insofern nicht gelten, weil hier seit dem Inkrafttreten des Bebauungsplans im März 2008 und damit seit fast 5 Jahren keine Veränderung, keine Bebauung herbeigeführt worden ist. Nach so langer Zeit muss sich die Politik die daraus folgende Frage stellen, ob die bisher ausgewiesenen Flächen eine ausreichende Attraktivität für den Einzelhandel besitzen! Die Rechtsgültigkeit des Bebauungsplans besteht im Übrigen natürlich immer noch, mit dem Unterschied, dass zukünftig zwei Standorte um die für Eslohe verträglichen Potenziale im Einzelhandel konkurrieren. Die Politik schafft nur die Rahmenbedingungen, ohne den Markt bzw. den Wettbewerb innerhalb des zentralen Versorgungsbereiches an sich zu beeinflussen. Das vorrangige Ziel ist hierbei in der Erhaltung und Stärkung der Einzelhandelsvielfalt im Zentrum von Eslohe zu sehen.

Die Betroffenheit der jetzigen Verpächter von Kaufpark und Aldi ist nicht von der Hand zu weisen. Diese hat in unsere Beratungen und Diskussionen selbstverständlich ihre Berücksichtigung gefunden. Aber in Abwägung der Risiken, die für den Ort Eslohe bei einer Beschlusslage

gegen die Bebauung an der Tölckestraße hätten eintreten können, haben für die CDU-Fraktion die Interessen der Verbraucher und die des Einkaufsstandorts insgesamt überwogen. Wir sind der Meinung, dass durch das neue Projekt verloren gegangene Kaufkraft wieder zurückgewonnen wird und dass der Ort Eslohe insgesamt eine Belebung durch eine höhere Frequenz an Kunden und Besuchern erfahren wird. Die CDU-Fraktion begrüßt dazu den Haushaltsansatz zur fachmännischen Planung von Maßnahmen, den neuen Einkaufsbereich an der Tölckestraße bestmöglich mit dem bestehenden Einkaufsstandort *Hauptstraße* zu verbinden. Diese Verbindung zu ermöglichen und optimal zu gestalten, hat für die CDU-Fraktion eine zentrale Bedeutung! Der Kunde soll sich zukünftig eingeladen fühlen, den gesamten zentralen Bereich in Eslohe fußläufig zu erreichen. Die Umgestaltung des Bereiches Platz der Deutschen Einheit und des angrenzenden Esselufers bietet hier eine Fülle von Möglichkeiten, von denen unserer Meinung nach auch ein touristischer Mehrwert für den Ort Eslohe ausgehen wird.

Eine zweite wichtige Entscheidung aus dem Jahr 2012 stellt der Verkauf der Gewerbeflächen am Alten Bahnhof Kückelheim dar. Von den in tieferen Erdschichten entdeckten Altlasten aus dem in der Vergangenheit betriebenen Sägewerk geht nach heutigen Erkenntnissen keine Gefahr mehr aus. Die Fläche ist ausreichend versiegelt und auch ein Versickern der Gefahrstoffe findet nicht statt. Durch dieses Glück im Unglück konnte die gesamte Fläche wie ursprünglich vorgesehen einer gewerblichen Nutzung zugeführt werden! Eine tolle Sache!

Vom Rückblick aber nunmehr zum Ausblick 2013, den Maßnahmen und Investitionen des Haushaltsjahres 2013:

Rathaus

Die CDU-Fraktion begrüßt die geplanten Umbaumaßnahmen im Rathaus. Sowohl die Einrichtung einer „Bürger-Service-Stelle“ im Erdgeschoss als auch die mittelfristige Planung eines vollständig barrierefreien Rathauses durch die Errichtung einer Aufzugsanlage findet die Unterstützung der CDU-Fraktion. Gleiches gilt für die Sanierung der Toilettenanlage und der Treppe vor dem Haupteingang.

Schulen

Im Bereich der gemeindlichen Schulen sind im Haushalt Instandhaltungsmittel in Höhe von rund 110.000 € eingestellt. Zusätzlich sind für Investitionen in den Schulen rund 42.000 € vorgesehen. Durch diese Summen wird unterstrichen, wie sehr sich die Gemeinde Eslohe für ihre Schulen und den Schulstandort insgesamt stark macht. Die CDU-Fraktion setzt sich dafür ein, hier auch in den Folgejahren einen Haushaltsschwerpunkt zu setzen. Die bestmögliche Ausbildung unserer Kinder ist aktive Zukunftspolitik! Dafür setzen wir uns ein, auch im Hinblick auf eine mögliche Zusammenführung der Haupt- und Realschule in Form einer Sekundarschule! Nur sei an dieser Stelle nochmals gesagt: Die CDU-Fraktion unterstützt die bestehende Haupt- und Realschule. Beide Schulen erfreuen sich großer Akzeptanz und gewährleisten eine qualitativ anerkannte Ausbildung der Schülerinnen und Schüler. CDU-Politik orientiert sich u. a. daran, dem drohenden Bevölkerungsrückgang entgegen zu wirken. Die Stärkung und der Erhalt des Schulstandortes Eslohe ist hier ein wesentlicher Bestandteil dieser Politik!

Schwimmbad

Das Esselbad wird einer stetigen Modernisierung unterzogen. In diesem Jahr sind u. a. neue Toiletten, Duschen und Außenumkleiden im Freibadbereich vorgesehen.

Feuerwehrwache Eslohe

Mit Spannung erwarten wir die Ergebnisse, der in Auftrag gegebenen Standort-Analyse. Im Hinblick auf den Bau der neuen Feuerwehrwache spricht sich die CDU-Fraktion gegen den Antrag der FDP-Fraktion auf Durchführung eines Architektenwettbewerbes aus. Sie können sich sicher sein, Herr Beuchel, dass wir Sie und Ihr Anliegen in der Ausschusssitzung umfänglich verstanden haben! Unserer Meinung nach steht der Aufwand – personell, zeitlich und finanziell – in keinem Verhältnis zu einem möglichen Mehrwert. Es wird unsererseits nicht bestritten, dass so ein Wettbewerb, ab einer bestimmten Summe und unter bestimmten Voraussetzungen, sinnvolle und auch kostengünstige Lösungen hervorbringen kann, wenn z. B. städtebauliche Aspekte im Vordergrund stehen und nicht die Funktionalität des Gebäudes wie in unserem Fall. Aber auch dann ist ein Wettbewerb nicht unbedingt segensreich für die auslobende Kommune! Nehmen wir doch ein Beispiel aus unserer direkten Nachbarschaft: Für den Umbau der Akademie Bad Fredeburg zum Musikbildungszentrum Südwestfalen im Rahmen der Regionale 2013 ist ein großer Architektenwettbewerb ausgelobt worden. Nach Abschluss des Verfahrens und der Auswahl des Preisträgers stellte sich allerdings schnell heraus, dass die vorgesehenen Kosten den veranschlagten Rahmen bei weitem übersteigen werden! Mittlerweile hat man sich von dem Gewinner des Wettbewerbs getrennt und ein alternatives Büro für die Umsetzung beauftragt. Und auch die Kosten für den Wettbewerb an sich sind sehr viel höher, als Sie uns glauben machen wollen. Neben den Preisen für die erstplatzierten Vorschläge bekommt jeder Preisrichter im Durchschnitt 1.000€ pro erforderlichem Sitzungstag. In Bad Fredeburg gab es z. B. 7 Preisrichter! Sie sorgen also zunächst einmal für eine Menge Kosten, ohne überhaupt die Gewissheit einer Einsparung zu

haben. Der von der Verwaltung vorgeschlagene Weg, 3 - 4 Fachbüros mit entsprechenden Referenzen und Erfahrungen beim Bau von Feuerwehrhäusern auszuwählen, um dann in der Folge über deren Angebote und Konzeptionen in enger Zusammenarbeit mit den Feuerwehrkameraden vor Ort zu beraten, findet die Zustimmung der CDU-Fraktion.

Straßen

Der Bereich Straßen bildet einen weiteren Schwerpunkt im Haushalt 2013. Die Straßenunterhaltungsmittel sind zwar von 200.000€ auf 100.000€ reduziert worden, doch bedarf dieser Ansatz einer umfassenden Betrachtung inklusive der geplanten investiven Maßnahmen, die zumindest anteilig ebenfalls der Straßenunterhaltung zu zurechnen sind. So sieht der Haushalt den Ausbau der Straße zwischen Kückelheim und Dormecke mit einer Summe von 220.000€ vor. Der Ausbau der Straße Zum Hohenstein ist mit 250.000€ veranschlagt. Die CDU-Fraktion regt an, die Anwohner bei dieser Maßnahme so früh wie möglich zu informieren und zu beteiligen. Der Bedeutung der Straße als Verbindungsstrasse zur Ortschaft Dormecke mit angeschlossenen Wirtschaftswegen für die Land- und Forstwirtschaft sowie für das Gelände der Firma KettenWulf wird durch die Anwendung der gültigen KAG-Satzung Rechnung getragen, so dass den Anwohnern im Vergleich zu einer Anliegerstraße in reinen Wohngebieten anteilig geringere Kosten für die Ausbaumaßnahme entstehen werden.

Der Ausbau der Böttenbergstraße ist mit 50.000€ vorgesehen, um den die Dachdeckerschule betreffenden Ziel- und Quellverkehr zukünftig ausschließlich über den Kreisel am Ortseingang abwickeln zu können.

Und die Erschließungsstraße zum neuen Gewerbegebiet Stakelbrauk ist mit 300.000€ eingestellt.

Diese letzte Summe als einem Straßenneubau zugehörig außen vorgelassen, ist im Haushalt 2013 damit eine Gesamtsumme von 770.000€ für die Unterhaltung und den Ausbau bestehender Straßen im Gemeindegebiet eingestellt. Ein erstaunliche Summe, die auch den Antrag der SPD-Fraktion sehr in Frage stellen muss. Vielleicht sollten Sie, Herr Frenzel, im Vorfeld Ihrer Anträge das Gespräch mit der Verwaltung suchen oder glauben Sie, man habe sich hier keine Gedanken zu den eingestellten Beträgen gemacht? Was hilft es, wenn hier höhere Summen eingestellt werden, die aber in ihrer zeitlichen wie personellen Umsetzung völlig abwegig sind? Und die Aussage, eine Aufstockung der Beträge für die Straßenunterhaltung ab dem Jahr 2011 sei auf Ihre Initiative hin erfolgt, hat bei allen Ratsmitgliedern außerhalb ihrer Fraktion und ziemlich sicher auch in der Verwaltung für großes Kopfschütteln gesorgt!

Planung Bike-Park

Das von der CDU-Fraktion beantragte Projekt *Bike-Park Eslohe* ist innerhalb der noch bestehenden LEADER-Förderung im Haushalt eingestellt, so dass in diesem Jahr ein erster Planungsentwurf in Auftrag gegeben werden sollte, um in der Folge auch interessierte Jugendliche an der weiteren Planung aktiv zu beteiligen. In diesem Zusammenhang ist auch die Maßnahme

Esselaue

zu betrachten. Die Erdbewegungen, die hier im Rahmen von Hochwasserschutz und Renaturierung nötig sein werden, können ggf. zur Errichtung des Bike-Parks mit einbezogen werden. Das große Projekt Esselaue wird wie schon bei der Wenne in Wenholthausen durch eine 80%ige Landesförderung ermöglicht.

Organisationsuntersuchung Bauhof

Die CDU-Fraktion begrüßt die Zurückstellung der geplanten Investitionen im Bereich Bauhof aufgrund der noch ausstehenden Organisationsuntersuchung. Wir hoffen darauf, mit der Vorstellung der Ergebnisse in diesem Jahr ein Konzept für einen effizienten Einsatz von Personal und Fahrzeugen am Bauhof zu erhalten!

Baugrundstücke

Die Gemeinde Eslohe hat mit den Wohnbaugebieten „Störmanns Wiese“ in Eslohe und „Zum Eibel“ in Wenholthausen große Flächen für privates Bauen ausgewiesen. Nach anfänglichen ersten Verkäufen in diesen Gebieten sind nun schon über mehrere Jahre keine Grundstücke mehr verkauft worden. Die Wohngebiete bieten aktuell ein negatives Bild. Aufgrund dessen setzt sich die CDU-Fraktion für eine Initiative zur Attraktivitätssteigerung der gemeindlichen Baugrundstücke ein und hat dazu einen Antrag gestellt, durch die Verwaltung prüfen zu lassen, inwieweit Maßnahmen entwickelt werden können, um einen Verkauf und/oder eine alternative, ggf. gemeindliche Nutzung der Flächen zu ermöglichen. Der Antrag ist gleich noch Bestandteil der weiteren Tagesordnung, aber wir verstehen dieses Thema auch den Haushalt betreffend, weil jedes nicht verkaufte Baugrundstück Liquidität der Gemeinde bindet.

Abschließend noch ein paar Worte zum Kreishaushalt: 4,9 Millionen € der Erträge der Gemeinde Eslohe gehen in diesem Jahr nach den Vorgaben des eingebrachten Kreishaushaltes für die Kreisumlagen inkl. der Finanzierungsbeteiligung Kosten der Unterkunft direkt zum Hochsauerlandkreis. Diese annähernd 5 Millionen € enthalten eine vorgeschlagene allgemeine Kreisumlagenerhöhung um 1,50 Prozentpunkte auf 38,05%. In der Vorbereitung auf meine Ausführungen

heute, habe ich mir die entsprechende Passage aus dem letzten Jahr angesehen und musste feststellen, dass sie in ihrer Gültigkeit nichts eingebüßt hat. Der Hochsauerlandkreis als Umlagehaushalt kann sich jederzeit durch eine Erhöhung der Kreisumlage die nötige Liquidität verschaffen. Insofern ist es unverständlich, warum aktuell verfügbares Geld als Notgroschen gehalten wird und nicht im Sinne der Solidarität mit den Städten und Gemeinden zur Vermeidung einer Erhöhung der Kreisumlage eingesetzt wird. So grüßt doch jedes Jahr das Murmeltier, indem die Ansichten der Städte und Gemeinden mit denen des Kreistages nicht immer zur Deckung zu bringen.

Die Verwaltung hat einen Haushalt eingebracht, der den finanziellen Möglichkeiten der Gemeinde Eslohe vollständig gerecht wird. 2,4 Millionen € werden erneut investiert, ohne dabei die Ergebnisrechnung zusätzlich zu belasten. Die Erträge übersteigen erstmals die Ausgaben und der Haushalt ist damit strukturell ausgeglichen! Die Ausgleichsrücklage – wie schon eingangs gesagt – wird in Eslohe damit wieder ihrer Funktion gerecht, eine gewisse Pufferwirkung je nach Haushaltslage zu entfalten. Immer weiter sinkende, weil planmäßig getilgte Schulden und eine mittelfristige Finanzplanung, die vorsichtig genug ausgerichtet ist, die Unwägbarkeiten der Bundes- und Landespolitik und der gesamtwirtschaftlichen Situation im Auge zu behalten, sind weitere positive Punkte!

Die CDU-Fraktion wird dem vorliegenden Haushaltsplan ohne Einschränkungen zustimmen!

Im Namen meiner gesamten Fraktion bedanke ich mich für die ausgezeichnete Zusammenarbeit mit allen Mitarbeitern der Verwaltung. Keine Frage zu Sitzungsvorlagen, keine Bitte um Informationen war Ihnen zu viel oder zu lästig! Zumindest ist der Eindruck nicht entstanden!

Unser besonderer Dank gilt den Herren Kersting und Nemeita für den vertrauten Umgang. Sie haben durch ihre offenen und zeitnahen Informationen die politischen Entscheidungen maßgeblich unterstützt. Mir persönlich ist es eine große Freude, mit Ihnen zusammen zu arbeiten!

Eine der größten Herausforderungen der kommenden Jahre wird es sein, dem Bevölkerungsrückgang aktiv zu begegnen. Altersbedingter Gebäudeleerstand, drohende Schulschließung im Grundschulbereich, Fusionen von Sportvereinen, Zusammenlegung der pastoralen Räume sind nur einige Alarmzeichen! Hier ist die Politik gefordert, die richtigen, nachhaltigen Entscheidungen zu treffen, um diesem negativen Trend entgegen zu wirken.

Die Perspektive der Gemeinde Eslohe ist im Vergleich zu anderen Kommunen außerordentlich gut! Oder anders formuliert: Eslohe hat Zukunft – Zukunft für seine Orte, für seine Einwohner, für die Kinder und Jugendlichen, für die Familien und für die Senioren. Zukunft für seine Schulen, für Integration und Inklusion, für die Vereine, für das Ehrenamt und für soziales Engagement. Zukunft für den Einzelhandel, das Gewerbe und den Fremdenverkehr! Eslohe hat Zukunft als lebens- und lebenswerte Gemeinde!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Für die CDU-Fraktion im Rat der Gemeinde Eslohe, Rochus Franzen